

Unter diesem Titel weist Rudolf Nothke im zweiten Jahrgang des von Fehren v. Grothuß herausgegebenen "Türmers" (Stuttgart, Greiner u. Weiffen) auf einen Punkt hin, in dem es von der ängstlichen Finken bis zur äußersten Rechten keine Meinungsverschiedenheit bei uns geben kann, darin nämlich, daß Deutschland leben und sich ernähren muß. Solange aber die dringende Gefahr besteht, daß hinter dem Frieden, den dereinst die Westmächte mit uns schließen werden, der französisch-angelsächsische Wirtschaftskrieg sein Haupt gegen uns erhebt, ist es mit der bloßen Auseinandersetzung über die Kriegssarte in den kommenden Friedensverhandlungen für uns nicht getan. —

Soweit der wahnwitzige Haß unserer Feinde militärisch gegen uns vorgeht, trifft er auf die Härte des deutschen Schwertes; aber auch gegen den Wahnwitz der Handelsfeindschaften brauchen wir eine Ironie nicht verlegen zu sein. Wir sind in der allseitigen Lage, zur Sicherung wirtschaftlichen Wohlstandes unserer Feinde nach dem Siege eine wirksame Handhabe zu besitzen, und wir können gar nicht anders, als uns nachdrücklich ihrer bedienen. Sperrt man uns die Zufuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln oder verweigert man uns, wenn wir Rohstoffe erhalten, in vorzüglichem Ueberflusse die Abnahme unserer Fabrikate, gegen die wir Nahrungsmittel eintauschen könnten, so bleibt uns gar nichts anderes übrig, als, so gut es geht, von dem Ertrage des eigenen und des von uns besetzten Bodens unseren Lebensunterhalt zu fristen. Es wäre ein Verbrechen an uns selbst, das nahezu einem Selbstmorde gleichkäme, wollten wir auch nur einen einzigen Quadratkilometer nutzbarer Ackerbodens der besetzten Gebiete aus der Hand geben, ehe wir den Feinden im Westen nicht einen vollen Wirtschaftsfrieden abgerufen und ihn mit allen erdenklichen Sicherheiten umgeben hätten. Die Bedeutung Rumaniens wie Serbiens und Oberitaliens und der Gebiete an der Westfront und der Ostfront erschöpft sich für uns noch lange nicht darin, daß sie Objekte zum Ausgleich territorialer Rechnungen in Europa, Afrika und Asien sind — wobei für uns auf jeden Fall ein sehr beträchtlicher Überschuß bleibt; was sie uns in Wirklichkeit sind, hat uns Lloyd George vorläufig erst jüngst gesagt, als er in seiner vielbesprochenen Rede vom 12. November ein Klagebild darüber anstimmte, daß wir in Serbien „große Getreidelager, Viehherden und Metalle“ und dann noch in Rumänien „weite Getreidefelder und reiche Petroleumquellen“ erbeuteten, was bewirkt, daß wir unseren Feinden, wie Lloyd George sich ausdrückte, „über die Erde von 1917 hinweg entschlüpfen“ konnten.

Es ist also ganz klar — und kein noch so unabhängiger, unversöhnlicher, annexionsfeindlicher Sozialist kann etwas dagegen haben —, daß wir keines der besetzten Gebiete einen Augenblick früher aus der Hand lassen, als bis die Gefahr des Wirtschaftskrieges von uns genommen ist. Das hat nichts mit Annexionen, nichts mit der Eroberungssucht zu tun. Wir hätten, wenn wir nicht so verfahren, das Wort vom Hungerfrieden seine vollste Berechtigung. Wir wären dauernd zum Hunger verurteilt, wenn wir uns leichtfertiger der wirtschaftlichen Ungnade unserer Feinde ausliefern wollten.

Die Wahlreform im Ausschuh.

○ Berlin, 15. Januar.

Schon die erste Sitzung des Wahlrechtsausschusses des Abgeordnetenhauses hat gezeigt, wie begründet die längst gehegte Befürchtung ist, daß die Konservativen es auf eine Verhinderung der Vorlage anlegen. Lange Reden, fünf Sitzungen, das scheint das Kennzeichen der Ausschußberatung werden zu sollen. Der Sitzungsbericht ist indes ein genügend deutliches Bild von den Vorlesungen am Freitag. Man erfährt daraus nicht, mit welcher endlosen Breite der konservative Abgeordnete v. d. Osten seine Bedenken gegen die Wahlrechtsvorlage entwickelte. Herr v. d. Osten ist sich zu diesem Zweck mit einer geradezu verblüffenden Beharrlichkeit ausgerüstet; er behandelte die Frage der bestmöglichen Form der Volksvertretung mit Gründlichkeit, die nicht davor zurückschreckte, in den langen Zitaten aus der griechischen Geschichte des verstorbenen Münchener Historikers Voßmann zu arbeiten und so mit besonderer Tiefenwirkung in die Geschichte der griechischen Verfassungskämpfe einzudringen. Die Antwort des Staatsministers Dr. Friedberg, der den gelehrten Landrat aus Königsberg in der Reumark darauf hinwies, daß die Gasse der griechischen Demokratie aus Sklaven bestanden habe, während bei uns die Vorlesung aufgebaut

sei auf dem Vertrauen zur Arbeiterschaft, diese kluge Antwort wird auf die Konservativen so wenig Eindruck machen wie alles, was sie sonst noch jetzt und später, in der Wahlrechtsfrage zu hören bekommen werden. Darauf muß man gefaßt sein, daß sie schließlich jedes Mittel gebrauchen werden, um sich in der Nacht zu behaupten, und diese Nacht ist veranlaßt in der Fortdauer des geltenden Wahlgesetzes. Deshalb wird es zuletzt auf Viegen oder Brechen ankommen. Selbstverständlich genügt den Gegnern der Wahlrechtsvorlage das Material noch lange nicht, mit dem die Staatsregierung jede berechnete Wählergruppe zu befriedigen verucht hat; es wird immer noch weiteres Material verlangt werden, und so kann es, wenn die Verhandlungen in dem besprochenen Tempo fortgeführt werden sollten, Monate dauern, ehe auch nur in der Kommission eine Entscheidung fällt. Die Konservativen aber finden Unterstützung bei einem Teile der Nationalliberalen. Das bewies der Antrag des Abgeordneten Lohmann zunächst die Vorlage, betr. das Herrenhaus, zu beraten und die Wahlrechtsvorlage selber zurückzustellen. Mit den kräftigsten Gründen sprach der Abgeordnete Bach für die diesen gefährlichen Vorlesungen, aber noch kann man nicht sagen, wie es damit werden wird, da auch im Zentrum Strömungen und Gegenströmungen gegenwärtig arbeiten. Man wird beispielsweise den Grafen Strachwitz nicht gerade als eifrigen Befürworter der Wahlreform betrachten dürfen. Nach den vortrefflichen Reden, mit denen Graf Hertling und die Minister Drehs und Dr. Friedberg die Reformvorlage der ersten Lesung im Abgeordnetenhaus als zwingendes Gebot unserer verwandelten Zeit behandelt hatten, braucht man die sichere Erwartung nicht aufzugeben, daß sich die Staatsregierung die Winkeltöne der Gegner nicht gefallen lassen, sondern den Wahlrechtsgegnern zum Bewußtsein zu bringen wissen wird, sie habe nicht Mittel, um sich gegen eine offensichtliche und hochmögliche Obstruktion zu wehren, und sie werde diese Machtmittel unter Umständen gebrauchen. An dieser Erwartung müssen wir festhalten und tun es auch; wir wollen uns in ihr auch dadurch nicht beirren lassen, daß der Vizepräsident des Staatsministeriums zwar das von den Konservativen geforderte Mantelgesetz ablehnte, doch aber das Zugeständnis machte, es werde sich vielleicht die Bestimmung treffen lassen, daß kein Gesetz ohne das andere in Kraft treten könne, daß also alle drei Vorlagen, das neue Wahlgesetz, die Reform des Herrenhauses und die Erweiterung des Staatsrechts des Herrenhauses, in ein bindendes Abhängigkeitsverhältnis zueinander gebracht werden sollen. Auf das Rechte hin angesehen, würde das keinen sonderlichen Unterschied von einem Mantelgesetz bedeuten, aber wir möchten einstweilen annehmen, daß die Staatsregierung den Wahlrechtsgegnern nur die Reformen nehmen will, als könne das allgemeine Wahlrecht Gesetz werden, ohne daß jetzt zugleich die Herrenhausvorlage verabschiedet werde, so daß die Reform des Herrenhauses bereits von einem Abgeordnetenhaus auf der Grundlage von Neuwahlen nach dem neuen Wahlgesetz vorgenommen werden könnte. Erhebliche Bedenken genug wird man jedenfalls gegen die Friedberg'sche Fassung geltend machen müssen, aber, wie gesagt, das Vertrauen in den nachhaltigen Ernst der Staatsregierung, zu ihrem Werke stehen zu wollen, möchten wir uns nicht rauben lassen. Von besonderem Interesse war die Auskunft, die der Minister des Innern dem konservativen Redner auf seine Frage gab, wie sich das Wahlergebnis für das jetzige Abgeordnetenhaus verhält haben würde, wenn bei den Wahlen schon das allgemeine Wahlrecht in Kraft gewesen wäre. Die Auskunft ging dahin, daß die beiden konservativen Fraktionen alsdann ungefähr nur zur Hälfte ihres gegenwärtigen Bestandes in den Sitzungssaal einbezogen wären, während die beiden liberalen Fraktionen ungefähr die gleiche Stärke wie heute aufweisen würden, die Sozialdemokraten um mehr als das Doppelte. Die Sozialdemokraten um das Achtfache angewachsen sein würden. Das Zentrum hätte wohl eine Einbuße von etwa

10 Mandaten erlitten, aber die Hauptverlustträger würden jedenfalls die Konservativen gewesen sein. Daß eine solche Statistik die Neigung der Wahlrechtsgegner zum Verzicht auf das geltende Wahlgesetz gerade beleben kann, ist menschlich zureichend zu begreifen, aber wenn eine doch im wesentlichen auch heute noch konservativ gerichtete Parteiung die Notwendigkeit anerkennt, trotz solcher mutmaßlichen Wahlergebnisse die Reform durchzuführen, dann müßten Klugheit und Einsicht die Rechte lehren, daß es immer noch besser ist, eine zwingende Entwicklung beizubehalten als sich ihr trotzig und unter der Gefahr, über den Haufen gerannt zu werden, entgegenzustellen. Nur freilich gehören unsere Konservativen zu den Leuten, von denen das Wort gilt: Sie haben nichts gelernt und nichts verstanden. Sie werden ihre Kraft vergeblich an die Abwendung eines Schicksals wenden, das sie, wenn sie wahrhaft Staatspolitiker sind, bekämpfen, ohne die gefährliche Schwächung erwarten könnten, die ihnen beim Verharren in ihrem Starrsinn allerdings droht.

Wilson und das Freiheitsverlangen der Iren.

W. T. B. Bern, 15. Jan. „Daily Mail“ meldet aus Washington vom 10. d. M.: Wilson empfing gestern im Weißen Hause eine aus einer Reihe der angesehensten amerikanischen Bürger irischer Abstammung bestehende Abordnung, welche eine Bronzeplakette des großen irischen Revolutionärs Robert Emmet überreichte. Phelan, Senator von Kalifornien, der an der Spitze der Abordnung stand, führte in einer kurzen Ansprache aus, daß die Iren das Schwere, ihnen von England in der Vergangenheit zugefügte Unrecht zu vergeben bereit seien, falls man ihnen gemäß den erklärten Kriegszielen der Alliierten Freiheit oder aber Autonomie gewähre. Wilson nahm die Statue dankend entgegen, enthielt sich aber jeder Erörterung der irischen Frage. Er machte lediglich eine freundliche und hoffnungsvolle Andeutung, daß die in Dublin tagende irische Konferenz bemüht sei, das Problem der zukünftigen Regierung erfolgreich zu lösen.

Die Lage im Westen.

Die Angelegenheit Caillaud vor der französischen Kammer.

W. T. B. Paris, 16. Jan. (Drohbericht Agence Havas.) Die Kammer erörterte die Interpellation des sozialistischen Abgeordneten Lafonts über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenke, um den Rechtsgrundsätzen in der Angelegenheit der Untersuchung im Fall Caillaud Achtung zu verschaffen. Lafont wies darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht stattgefunden hätten. Untersuchungsleiter Jénace erklärte: Als man vor einigen Tagen von dem Vorhandensein eines dem Angeklagten gehörenden Geldschrankes erfuhr, hat der Untersuchungsrichter die Behörden um die Ernennung eines Untersuchungsausschusses, der sich an die italienische Regierung zu wenden sollte. Von diesem Augenblick an stand den Justizbehörden eines fremden Landes die Öffnung des Geldschrankes zu. Dies geschah in aller Ordnung und auf legale Weise. Die äußerste Linke erhob Widerspruch, die Mehrheit der Kammer blieb ruhig. Ministerpräsident Clemenceau antwortete von seinem Platz aus: Er könne sofort darauf antworten, was Jénace ihm gesagt habe, daß die französische Justiz nur auf französischem Boden souverän sei. Clemenceau sagte weiter: Wir ordnen einen Ausschuss an die italienische Regierung ab. Fiele sie eine ehrenhafte Regierung und wir hätten kein Recht, zu den italienischen Beamten kein Vertrauen zu haben und nicht zu glauben, daß die italienische Regierung nicht nach dem Gesetz verfahren ist. Und wenn sie dies täte, waren wir nicht dafür verantwortlich. Eine einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 389 gegen 105 Stimmen angenommen.

Aus den verbündeten Staaten.

Eine Umbildung des ungarischen Kabinetts?

W. T. B. Budapest, 16. Jan. (Drohbericht Ungarisches Korrespondenz-Bureau.) Nach Blättermeldungen dürfte sich

(12. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Hanne Jepsen.

Eine Geschichte aus der Kleinstadt von Albert Petersen.

Beim Mittagessen meinte der Kaufmann: „Wollen wir heute nachmittags einen Spaziergang machen? Kommst du mit, Karl, oder kommst du deinen gewohnten Dämmerchoppen nicht einen Tag entbehren?“

„Ich habe mich mit von Stod verabredet; er will durchaus zu Tischler Witt, um seine Schnitzereien zu besichtigen.“

„Du Witt?“ und Herr Christian ließ die Gabel, auf der schon ein tüchtiger Bratenstücken stand, laut auf den Teller fallen. „Peter Witt? Sag' mal, jetzt fürchte ich, du hast auch einen zweiten Vogel bekommen. Gott soll mich!“

„Aber was ist denn nur los, Vater? Du tust ja, als wenn ich in das finsternste und verrufenste Lokal Uldsums wolle.“

„Ach du liebe Unschuld. Ne, Mudder, mit hin Kinder ist wenig Staat zu machen. De Deern is to klof um de Nuna to dumm.“

„Aber, Vater, ich muß doch bitten —“

„Um Erhöhung des Monatswechsels? Ne, mein Sohn, daraus wird nichts. Im übrigen, tu doch nicht so. Ist es nicht 'ne Dummheit, daß du nun auch dem Tischler durch deinen Besuch Mut machen willst, hinter deiner Schwester hergulaufen?“

„Also doch“, sagte Karl und sah Hanne an. Sie aber lachte auf und rief: „Wenn ich allmählich anfangen, mich in Gedanken mit Peter Witt zu beschäftigen, so traue mir ihr mit eurem ewigen Gerede daran die Schuld.“

„Ich glaube, sie hat recht“, sagte Karl, scheinbar selbstverständlich sich ein Glas Wein aus seines Vaters „Sonntagsflasche“ einschenkend. Und Herr Christian war so mit seinen Gedanken beschäftigt, daß er des

Sohnes Übergriff nicht bemerkte. Hanne aber lachte wieder.

„Laß die Feigerei“, rief der Vater ärgerlich.

„Ach Gott, daß ich nun gerade heute nachmittags zum Geburtstag geladen bin“, klagte Peter Witts Mutter. „Du mußt den Herrn ja einen Stuhl anbieten, Peter. Und dann Zigarren. Und wenn sie 'ne Tasse Kaffee mögen, ich stelle den Topf in das Ofenloch. Vergiß nichts, Peter.“

Er nickte und tat Zigarren in einen altmodischen Behälter. Er war im Sonntagsanzug und sah nach der Uhr. Nach einer Stunde würde der „Ausschmückungs-Ausschuß“ des Stadtverordneten-Kollegiums erscheinen, um sich das geschnitzte Stadtwappen anzusehen.

Peter begab sich noch einmal nach der Werkstatt, bemerkte mit Befriedigung, wie außer der Wehrung gesetzt und alles an seinen Platz gestellt hatte. Dann ging er wieder nach vorn in die Stube und schritt ein wenig ungeduldig auf und ab.

Endlich klangte die helle Türglocke, der Ausschuss erschien. Herr Weinbändler Cords als Stadtverordneter-Vorsteher, dann die Stadtverordneten Schmied Dethleffen, Bauunternehmer Sturm und Maler Sped, der bekannte Anlachsper.

Peter begrüßte sie und bat sie in die Stube.

„Erst die Arbeit“, sagte Cords mit seiner fettigen Stimme, „wo ist das Wappen, Herr Witt?“

„An der Werkstätt, aber ich kann es ja holen.“

„Nein, nein. Wir gehen hin, nicht wahr, meine Herren?“

Und man begab sich über den Hof nach der Werkstätt. Mit prüfender Kennzeichnung standen die Ausschussmänner vor dem Schnitzwerk.

„Ja, das ist es“, sagte Schmied Dethleffen, der den Anlauf in Vorschlag gebracht hatte. „Ist es nicht sehr gut?“

„Nett, wirklich nett“, meinte Cords.

„Nur die Buchstaben — Wahrzeichen der Stadt Uldsum — die Buchstaben sind so — so döslich, — so altmodisch, mittelaltertumsartig. Ne, offen gesagt, die passen nicht“, und Anlachsper legte sich in die Brust. „ne, ich denke, unser Stadtverordneten-Kollegium ist zeitgemäß, ist für den Fortschritt, und da paßt so 'ne Schrift nicht.“

„Aber doch“, entgegnete Sturm mit einem etwas geringschätzenden Blick auf den Maler, „gerade paßt diese Schrift. Die spricht schon von dem würdigen Alter unserer Stadt. Und überhaupt — für ein Wappen paßt nur solche Schrift.“

„Ganz meine Meinung“, sagte Cords.

„Aber — dann —“ nahm Sped aereiat wieder das Wort. „Das Wappen müßte bunt sein. Mehr Leben, mehr Farbe; diese dunkle Beize wirkt ja eintönig.“

„Kann wohl stimmen“, rief Dethleffen.

„Nein“, widersprach Peter bestimmt, „überall erhöhen die Kunstverständigen darüber, daß unsere Großväter die Kunstschmuckereien in Kirchen geschmacklos übergemalt haben, und man bemüht sich, die Farbe wieder zu entfernen. Und nun sollten wir —“

„Aber erlauben Sie mal“, rief Sped erregt, „erstens ist das Wappen nicht für 'ne Kirche bestimmt, zweitens aber sind wir doch wohl die Künstler, drittens muß ich als Maler doch wohl wissen, ob so 'n Ding sich gut macht, wenn es angestrichen ist.“

„Ich finde, daß Witt recht hat“, sagte Sturm, der den Maler im Verdacht hatte, er wollte nur wieder verdienen.

„Kann wohl stimmen“, meinte Dethleffen.

„So?“ schrie Anlachsper, „wollen Sie mir dann wohl sagen, ob unser Stadtwappen in Wirklichkeit braun oder bunt ist?“

Doch bevor jemand antworten konnte, wurde die Werkstätt geöffnet und zwei jüngere Herren traten ein.

(Fortsetzung folgt.)

